

PROTOKOLL

der Gemeindeversammlung

Datum	Donnerstag, 12. Juni 2008
Ort	Mehrzwecksaal Ipsach
Beginn	20.00 Uhr
Schluss	21.35 Uhr

Vorsitz	Zaugg Paul, Gemeindepräsident
Protokoll	Becker Markus, Geschäftsleiter
Stimmberechtigt	2'702 Personen
Anwesend	79 Personen (2,92 %)
Geheime Abstimmung	27 Personen erforderlich (Drittel, Art. 49 GO)
Gäste	2 Person(en) ohne Stimmrecht
Stimmzähler	Beat Müller und Christian Roth
Gemeinderat	Bachmann Bernhard Öffentliche Sicherheit Kocher Silvan Bau, Planung Kradolfer Jürg Finanzen, Steuern Marti Franziska Bildung, Kultur Rasper Brigitte Fürsorge, Vormundschaft Stalder Roman Volkswirtschaft, Gesundheit

TRAKTANDEN

- 1. Jahresrechnung 2007**
Genehmigung
- 2. Rechnungsprüfungsorgan für die Legislatur 2009 bis 2012**
Wahl
- 3. Organisationsreglement Ruferheim Nidau**
Genehmigung Teiländerung
- 4. Verkauf Parzelle Nr. 187 (Hauptstrasse)**
Zustimmung
- 5. Mitteilungen des Gemeinderates**
- 6. Verschiedenes**

Gemeindepräsident Paul Zaugg eröffnet die Gemeindeversammlung und begrüsst die Anwesenden. Er macht auf folgende Voraussetzungen für die Durchführung einer regelkonformen Gemeindeversammlung aufmerksam:

- Die Traktandenliste wurde 30 Tage vor der Gemeindeversammlung im Nidauer Anzeiger vom 08. Mai 2008 publiziert (Art. 9 Gemeindeverordnung, Art. 36 Gemeindeordnung).
- Die Botschaft mit den ausführlichen Berichten zu den einzelnen Traktanden ist an alle Stimmberechtigten verteilt worden (Art. 35 Abs. 1 Gemeindeordnung).
- Stimmberechtigt ist, wer das Stimmrecht in kantonalen Angelegenheiten besitzt und seit 3 Monaten in der Gemeinde wohnhaft ist (Art. 13 Gemeindegesetz, Art. 24 Gemeindeordnung).
- Die nicht Stimmberechtigten müssen gesondert sitzen (Art. 41 Gemeindeordnung).
- Die Stimmzählerinnen und -zähler sind zu wählen (Art. 41 Gemeindeordnung).
- Die Anzahl der Stimmberechtigten ist festzustellen (Art. 41 Gemeindeordnung).
- Es besteht die Möglichkeit, die Reihenfolge der Traktanden zu ändern (Art. 41 Gemeindeordnung).
- Wird die Verletzung von Zuständigkeits- bzw. Verfahrensvorschriften festgestellt, ist sofort darauf hinzuweisen. Wird ein solcher Hinweis pflichtwidrig unterlassen, kann nachträglich gegen Wahlen und Beschlüsse nicht mehr Beschwerde geführt werden (Art. 98 Gemeindegesetz, Art. 39 Gemeindeordnung).

Eine Änderung der Traktandenliste wird nicht gewünscht. Die Behandlung der Geschäfte erfolgt in der publizierten Reihenfolge.

1. Jahresrechnung 2007

Genehmigung (20.10 - 20.25 h)

Ressort Finanzen und Steuern
 Referent Kradolfer Jürg, Vizepräsident

Ausgangslage

Abschluss der Jahresrechnung per 31.12.2007

- Aufwand	CHF	14'274'062.60
- Ertrag	CHF	<u>14'718'439.30</u>
- Ertragsüberschuss	CHF	444'376.70

Eigenkapital

- Stand am 01.01.2007	CHF	1'007'560.06
- Zunahme durch Ertragsüberschuss	CHF	<u>444'376.70</u>
- Stand am 31.12.2007	CHF	1'451'936.76

Vergleich Jahresrechnung Voranschlag

- Ertragsüberschuss Jahresrechnung	CHF	444'376.70
- Aufwandüberschuss gemäss Voranschlag	CHF	<u>136'160.00</u>
- Besserstellung gegenüber dem Voranschlag	CHF	580'536.70

Der Kanton Bern hat sämtliche Spitäler im Kanton übernommen. Die Spitalverbände wurden dafür entschädigt. Die Gemeinde Ipsach erhielt CHF 917'553.00. Dieser ausserordentliche Ertrag war nicht im Voranschlag enthalten. Entsprechend ist das Rechnungsergebnis deutlich besser ausgefallen. Das positive Ergebnis ist auch auf eine gute Budgetdisziplin zurückzuführen. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 347'726.95.

Der Steuerertrag von 8,06 Mio. CHF liegt CHF 401'467.55 unter dem Voranschlag. Die Abnahme ist auf vermehrte Steuerteilungen zu Lasten der Gemeinde Ipsach sowie auf die gebildeten Rückstellungen zurückzuführen. Gegenüber dem Vorjahr resultiert eine Abnahme von CHF 147'944.40.

- Total Investitionen	CHF	559'011.00
- Erhaltene Anschlussgebühren und Beiträge	CHF	<u>- 4'800.00</u>
- Nettoinvestitionen (Einnahmenüberschuss)	CHF	554'211.00

Die grössten Investitionen

- Ausbau Keltenstrasse (Deckbelageinbau)	CHF	356'475.00
- Ersatz Fahrzeug Werkhof	CHF	57'992.00
- JugendSolarProjekt	CHF	24'800.00

Die Nettoschuld pro Einwohner hat weiter abgenommen und liegt bei rund CHF 400.00.

Datenschutz

Das Rechnungsprüfungsorgan ist Aufsichtsstelle für den Datenschutz gemäss Art. 33 Datenschutzgesetz des Kantons Bern. Die Berichterstattung erfolgt einmal jährlich an die Gemeindeversammlung (Art. 14 Abs. 3 Gemeindeordnung).

Anlässlich der Revision der Jahresrechnung 2007 wurde auch der Datenschutz geprüft. Die ROD Treuhandgesellschaft bestätigt, dass

- die Datenschutzbestimmungen gemäss Gemeindeordnung und der übergeordneten Gesetzgebung eingehalten werden
- keine Beschwerden oder Reklamationen in Bezug auf den Umgang mit Personendaten eingegangen sind.

Rechnungsprüfung

Am 22. und 23. Mai 2008 fand die Prüfung der Jahresrechnung durch die externe Rechnungsprüfungsstelle ROD Treuhandgesellschaft in Urtenen-Schönbühl statt. Sie bestätigt, dass die Buchführung den gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften entspricht und in der vorliegenden Form genehmigt werden kann.

Diskussion

Rolf Speidel stellt fest, dass der Personalaufwand Jahr für Jahr über dem Voranschlag liegt. Er möchte, dass diese Kosten genauer geplant werden und im Griff zu halten sind.

Jürg Kradolfer, Vizepräsident, gibt zu Bedenken, dass nicht alles voraussehbar ist. Beispielsweise wurde das Angebot Mittagstisch erweitert.

Brigitte Rasper, Gemeinderätin, erwähnt die Zunahme der Fallbelastung im Regionalen Sozialdienst, was zu einer Erhöhung der Stellenprozente geführt hat.

Pascal Müller möchte wissen, wie es zu den Nachkrediten von 1,7 Mio. CHF gekommen ist.

Jürg Kradolfer, Vizepräsident, antwortet, dass davon 1,1 Mio. CHF gebundene Nachkredite sind, auf welche die Gemeinde keinen Einfluss hat. Dazu gehören zum Beispiel Beiträge an den Kanton für AHV, IV, Sozialleistungen. Weiter wurden Nachkredite für Unterhaltsarbeiten gesprochen, die nicht voraussehbar waren.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Die Diskussion wird geschlossen.

Abstimmung

Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimmen folgt die Gemeindeversammlung dem Antrag des Gemeinderates.

BESCHLUSS

1. Für die zusätzlichen Abschreibungen von CHF 347'726.95 auf dem Verwaltungsvermögen wird ein Nachkredit bewilligt.
2. Die Jahresrechnung 2007 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 444'376.70 wird genehmigt.
3. Von der Bestätigung der Datenschutz-Aufsichtsstelle über die durchgeführte Prüfung wird Kenntnis genommen.

2. Rechnungsprüfungsorgan für die Legislatur 2009 bis 2012

Wahl (20.25 - 20.30 Uhr)

Ressort Finanzen und Steuern
Referent Kradolfer Jürg, Vizepräsident

Ausgangslage

Seit 2001 ist der ROD das Rechnungsprüfungsorgan der Gemeinde. Diese Firma kontrolliert bei vielen bernischen Gemeinden die Jahresrechnung und verfügt über grosse Erfahrung. Nebst der eigentlichen Prüfung der Rechnung werden auch stets Verbesserungsvorschläge aufgezeigt.

Diskussion

Keine Wortmeldungen

Abstimmung

Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimmen folgt die Gemeindeversammlung dem Antrag des Gemeinderates.

BESCHLUSS

Der ROD, Treuhandgesellschaft des Schweizerischen Gemeindeverbandes, wird für die Legislatur 2009 bis 2012 als Rechnungsprüfungsorgan wieder gewählt.

3. Organisationsreglement Ruferheim Nidau

Genehmigung Teiländerung
(20.30 - 20.35 Uhr)

Ressort Fürsorge und Vormundschaft
Referent Brigitte Rasper, Gemeinderätin

Ausgangslage

Im Gemeindeverband Ruferheim Nidau haben sich die 11 Gemeinden Bellmund, Hagneck, Hermrigen, Ipsach, Jens, Merzligen, Mörigen, Nidau, Port, Sutz-Lattrigen und Täuffelen-Gerolfingen zusammengeschlossen.

Im Organisationsreglement ist festgehalten, dass die Verbandsgemeinden den durch den Lastenausgleich nicht gedeckten Aufwandüberschuss im Verhältnis der absoluten Steuerkraft tragen. Dieser Kostenverteiler soll durch die Einwohnerzahl ersetzt werden, weil der neue innerkantonale Finanzausgleich über das FILAG erfolgen wird. Ein zusätzlicher Ausgleich zwischen finanzstarken und -schwachen Gemeinden innerhalb von Gemeindeverbänden ist deshalb nicht mehr gerechtfertigt. Das Ruferheim Nidau hat die Kostengrenze noch nie überschritten.

Diskussion

Beat Müller möchte wissen, wie die anderen Verbandsgemeinden abgestimmt haben.

Brigitte Rasper, Gemeinderätin, teilt mit, dass die Gemeinde Mörigen der Änderung zugestimmt hat. Weitere Gemeinden sind ihr nicht bekannt.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Die Diskussion wird geschlossen.

Abstimmung

Mit grossem Mehr und ohne Gegenstimmen folgt die Gemeindeversammlung dem Antrag des Gemeinderates.

BESCHLUSS

Der Änderung des Kostenvertailers in Art. 42 des Organisationsreglements des Gemeindeverbandes Ruferheim Nidau von der absoluten Steuerkraft zur Einwohnerzahl wird zugestimmt.

4. Verkauf Parzelle Nr. 187 (Hauptstrasse)

Zustimmung
(20.35 - 21.15 Uhr)

Ressort Finanzen und Steuern
Referent Jürg Kradolfer, Vizepräsident

Ausgangslage

Die Gemeinde ist seit vielen Jahren Eigentümerin der Parzelle Nr. 187 an der Hauptstrasse (östlich Restaurant Pellicola). Die Fläche beträgt 1'314 m² und ist in der Zone Wohnen/Gewerbe 3-geschossig (WG3). Die Parzelle befindet sich im Finanzvermögen der Gemeinde. Dies bedeutet, es handelt sich um Anlagevermögen, welches jederzeit veräussert werden kann, weil es nicht zur Erfüllung von Gemeindeaufgaben dient. Aktuell wird die Parzelle für öffentliche Parkplätze genutzt. Die Gemeinde benötigt diese Parzelle nicht (mehr) und möchte sie deshalb veräussern.

Im Jahr 2000 erteilt der Gemeinderat der Ulrich-Roth Immo-Verwaltungen Biel den Auftrag, die Parzelle zu verkaufen oder im Baurecht abzugeben. Weil kein Interesse an diesem Grundstück bestand, wurde im September 2002 der Auftrag beendet. Der Verkaufspreis liegt ungefähr bei CHF 250 bis 300.

Diskussion

Herr Schild sieht keinen Handlungsbedarf, die Parzelle zu einem günstigen Preis zu verkaufen. Eventuell ergibt sich mit der Realisierung der Überbauung Bahnweg West eine bessere Möglichkeit. Die Parzelle alleine ist aufgrund der Grösse nicht interessant. Zusammen mit einem guten Projekt kann ein höherer Preis erzielt werden.

Antrag Schild

Die Parzelle sollte für ein Projekt zur Verfügung gestellt werden. Bei einem Verkauf sollte ein Mindestbetrag festgelegt werden.

Peter Althaus unterstützt den Antrag des Vorredners. Als er noch im Gemeinderat war, waren Landgeschäfte immer sehr brisant. Die Gemeindeversammlung sollte über den Verkauf entscheiden und nicht der Gemeinderat. Er möchte es nicht als Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat verstanden haben. Der Gemeinderat soll den Antrag zurückziehen.

Paul Zaugg, Gemeindepräsident, erinnert daran, dass die Gemeinde schon einige erfolglose Versuche unternommen hat, die Parzelle zu verkaufen. Für ihn hat dies mit Misstrauen zu tun.

Beat Müller, schlägt vor, dass der Verkauf zeitlich festgelegt wird. 2 Angebote liegen schon vor. Im Zentrum sollte verdichtet gebaut werden. Eine Grünfläche gehört nicht ins Zentrum, sondern in die Randgebiete der Gemeinde.

Rolf Speidel, bekundet ein ungutes Gefühl bei dieser Vorlage, da zwei Behördenvertreter ein Interesse an dieser Bauparzelle hätten. Sollte man sich zu einem Verkauf durchringen, müsste auf jedenfall der zu erzielende Preis das Hauptargument für einen Zuschlag sein und nicht wertmindernde Wünsche.

Silvan Kocher, Gemeinderat, erwähnt, dass Ideen zur Überbauung vorhanden sind. Die Gemeinde möchte, dass etwas Attraktives erstellt wird und will deshalb eine Mitsprache bei einem Projekt.

Herr Evard möchte, dass die Gemeindeversammlung und nicht der Gemeinderat entscheidet. Er fragt sich, ob die Gemeinde das Geld unbedingt nötig hat. Der Gemeinderat kann zu einem späteren Zeitpunkt der Gemeindeversammlung ein Projekt unterbreiten und die Meinung dazu einholen.

Beat Müller weist darauf hin, dass die Vorschriften das Bauen einschränken. Ein Discounter wie Lidl oder Aldi ist nicht möglich.

Fred Marti informiert, dass die SP Stimmfreigabe beschlossen hat. Er findet, dass der Preis von CHF 250 m² zu tief ist. Für angrenzende Liegenschaften muss mehr bezahlt werden. Es warten noch viele grössere Aufgaben auf die Gemeinde, deshalb sollte die Parzelle zu einem höheren Preis verkauft werden.

Andreas Kluser ist überzeugt, dass der Gemeinderat nur das Beste für die Gemeinde will. Es existieren gültige Bauvorschriften, die das Bauen beschränken. Er unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Stephan Hässig unterstützt den Vorschlag, dass die Gemeindeversammlung beim Verkauf das letzte Wort hat. Es wurde argumentiert, dass die Gemeinde keinen Verwendungszweck für die Parzelle hat. Die Parzelle liegt im Zentrum und dort hat es nur eine beschränkte Anzahl Parkplätze. Die Parzelle kann auch für andere Zwecke sinnvoll genutzt werden, als nur für das Wohnen.

Paul Zaugg, Gemeindepräsident, unterstreicht die Nähe zum Öffentlichen Verkehr. Die Parzelle eignet sich für ein verdichtetes Bauen. Der Verkaufspreis darf nicht entscheidend sein.

Hans Gassner hat Freude am neu gestalteten Dorfplatz. Auf dieser Parzelle könnte auch etwas Schönes gestaltet werden. Er spricht dafür aus, die Parzelle zu behalten.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Die Diskussion wird geschlossen.

Antrag Schild

Der erste Antrag wird durch diesen Antrag ersetzt. Die Parzelle ist nicht zu verkaufen. Ein konkretes Projekt ist der Gemeindeversammlung wieder zu unterbreiten.

Abstimmung

Annahme mit 49 gegen 13 Stimmen.

BESCHLUSS

Dem Verkauf der Parzelle Nr. 187 an der Hauptstrasse wird nicht zugestimmt.
Ein konkretes Projekt ist der Gemeindeversammlung wieder zu unterbreiten.

5. Mitteilungen des Gemeinderates

- **Roman Stalder**, Gemeinderat; Am Sonntag, 26. Oktober. 2008, findet im Mehrzwecksaal der 2. Gesundheitstag statt. Es hat noch freie Standplätze.
- **Bernhard Bachmann**, Gemeinderat; Am Samstag, 21. Juni 2008, findet von 09.00 bis 12.00 Uhr eine Strassenausstellung zum Projekt Tempo 30 Zone an Schulstrasse und Schürlistrasse statt. Es wird vorgestellt, welche Massnahmen vorgesehen sind. Bis Ende August 2008 findet dann eine öffentliche Mitwirkung statt.

Rolf Speidel erinnert daran, dass die Gemeindeversammlung im Juni 2005 die flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf Gemeindestrassen deutlich abgelehnt hat. Es wurde für viel Geld projektiert. Jetzt wird schon wieder ein Projekt in Angriff genommen und für das Gleiche wieder Geld ausgegeben. Er hätte erwartet, dass mindestens 5 Jahre gewartet worden wäre mit einem neuen Projekt. Zuerst hätte die Gemeindeversammlung befragt werden sollen. Sollte das Projekt im Dezember 2008 vor die Gemeindeversammlung kommen, wird er sich massiv dagegen einsetzen.

Bernhard Bachmann, Gemeinderat, orientiert, dass der Gemeinderat aufgrund der Eingaben im Mitwirkungsverfahren entscheiden wird. Die Zuständigkeit liegt bei diesem Geschäft beim Gemeinderat und nicht bei der Gemeindeversammlung.

6. Verschiedenes

- **Peter Althaus** möchte Auskunft über den Stand des Seeuferweges im Bereich der Parzelle Jordi. Hier verläuft der Weg nicht am See entlang, sondern hinter der Parzelle. Es wurde mitgeteilt, dass die Mauer entfernt werde.

Silvan Kocher, Gemeinderat, informiert, dass noch die Genehmigung des Kantons zur Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Familie Jordi ausstehend ist. Die Genehmigung wird erst erteilt, wenn das Ipsacher Stimmvolk an der Urne der Überbauungsordnung zugestimmt hat. Wegen der Ortsplanungsrevision von 2005 bis 2007 wurde dieses Geschäft zurückgestellt. Es wird nun wieder an die Hand genommen. Es müssen noch weitere Sachen in der Seezone geprüft werden. Er rechnet damit, dass es noch 1 bis 2 Jahre dauern wird, bis das Geschäft erledigt werden kann.

- **Stephan Hässig** möchte zum Projekt Tempo 30 Zone wissen, wie der Ablauf vom Gemeinderat bis zum Planungsauftrag war.

Bernhard Bachmann, Gemeinderat, teilt mit, dass die Verwaltung nicht die fachliche Kompetenz für ein solches Projekt hat. Deshalb wurde ein Auftrag an das Büro Planum erteilt.

Gemeindepräsident Paul Zaugg stellt abschliessend noch die Frage nach der Rüge zu einem Geschäft. Es meldet sich niemand zu Wort. Er schliesst um 21.35 Uhr die Gemeindeversammlung und wünscht eine schöne Sommerzeit.

Im Anschluss sind alle Anwesenden zum Apéro eingeladen.

EINWOHNERGEMEINDE IPSACH

Paul Zaugg
Gemeindepräsident

Markus Becker
Geschäftsleiter

Öffentliche Auflage

Das Protokoll ist spätestens 30 Tage nach der Gemeindeversammlung während 30 Tagen öffentlich aufzulegen. Die Auflage fand vom 23. Juni 2008 bis am 22. Juli 2008 statt (Art. 71 Abs. 1 Gemeindeordnung). Die Auflage wurde am 19. und 26. Juni 2008 im Nidauer Anzeiger publiziert.

Markus Becker
Geschäftsleiter

Genehmigung

Es sind keine Einsprachen gegen das Protokoll erhoben worden. Der Gemeinderat hat das Protokoll am 18. August 2008 genehmigt (Art. 71 Abs. 3 Gemeindeordnung).

Gemeinderat Ipsach

Paul Zaugg
Gemeindepräsident

Markus Becker
Geschäftsleiter

Publikation

Die Genehmigung des Protokolls ist am 21. August 2008 im Nidauer Anzeiger publiziert werden.

Markus Becker
Geschäftsleiter